

# Lernen aus der Geschichte

## Vermittlungsprozesse von Völkermord und Gewalterfahrung an nachfolgende Generationen

Von Dr. Dorothee Weitbrecht

»...und wie sollen wir uns verhalten, wenn wir unter einem AfD-Minister arbeiten müssen?« Diese Frage stellte kürzlich ein junger Beamter aus einem deutschen Justizministerium dem Direktor des »Haus der Wannsee-Konferenz, Gedenk- und Bildungsstätte« Hans-Christian Jasch. Die in der Frage zum Ausdruck kommende Besorgnis und Hilflosigkeit wiegt umso bedeutungsvoller, als sie eine Parallele zur Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur zieht, denn sie wurde von dem jungen Nachwuchsbeamten während eines bildungspolitischen Seminars in Berlin in der Villa am Großen Wannsee 56-58 gestellt. Hier hatten sich im Januar 1942 Vertreter der SS, der NSDAP und deutscher Ministerien – überwiegend Juristen – getroffen, um die weitere Organisation der Deportation und Ermordung

der europäischen Jüdinnen und Juden zu besprechen. Hans-Christian Jasch berichtete diese Begebenheit auf dem 2. Elisabeth-Käsemann-Symposium, auf dem internationale Expertinnen und Experten politischer Bildungsinstitutionen am 12. und 13. Oktober in Bad Boll ihre Erfahrungen austauschten.

Die Direktorin der Gedenkstätte der ehemaligen Marineschule in Buenos Aires (Escuela de Mecánica de la Armada, ESMA), dem wichtigsten Haft- und Folterlager während der argentinischen Militärdiktatur von 1976-83, Alejandra Naftal beschrieb den schwierigen Prozess, das Gelände und die Gebäude zu erhalten und als Lernort zu gestalten. Das Militär gab die Schule erst 2004 auf und in zivilstaatliche Hände ab. Zuvor hatte es alles, was auf die dort verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinweisen konnte, entfernt und ver-

nichtet. Erst weitere 11 Jahre später, nach intensiven Diskussionen zwischen Vertretern von Überlebenden, Opferangehörigen, Zivilgesellschaft, Staat und NGOs über die Art und Weise, wie das Gelände genutzt werden konnte und nachdem man sich gegen die Rekonstruktion der Folterkeller entschieden hatte, wurde die ESMA als Museum bzw. als Lern- und Gedenkort für die Öffentlichkeit zugänglich. Alejandra Naftal berichtete, sie erfahre täglich, welche große Bedeutung es für die Besucher hätte, körperlich am Ort der vergangenen Verbrechen zu sein und damit zu versuchen, das Geschehene mit den eigenen Sinnen zu erfassen, Antworten zu erhalten und Fragen stellen zu können. Als Christian Dürr von der Gedenkstätte Mauthausen die Ex-ESMA besuchte, hätte sie ihn gefragt, ob er denke, dass Orte wie ESMA oder Mauthausen die Besucher zu besseren Menschen mache.

Gruppe von Schülerinnen und Schülern in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau



Aber er habe – wie sie selbst auch –, hierauf keine Antwort gehabt. Sicher sei, dass diese Orte existieren müssten, um immer wieder aufs Neue eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anzustoßen.

Auch Hans-Christian Jasch thematisierte kritisch die Erwartungshaltung, der Besuch von Orten, an denen Menschenrechte verletzt wurden, könne eine Läuterung und politische Sensibilisierung des Besuchers nach sich ziehen. Dieser Wunsch bestünde auf politischer Seite. Es würde erwartet, dass Menschen nach einem Besuch einer Gedenkstätte besser herauskämen als sie hineingegangen seien. Man versuche, diesen Effekt durch eine Verunsicherung bzw. Verstörung zu erreichen, was jedoch problematisch sei, da junge Menschen damit aufgefangen werden müssten. Dies sei an einem einzigen Vormittag nicht zu leisten. Dafür bedürfe es einer langfristigen und umfangreicheren pädagogischen Vorbereitung und Vermittlung. Wenn diese Aufgabe die Lehrerschaft übernehmen würde, wäre es sinnvoll, dass sie eine spezielle Schulung auf diesem Gebiet erhalte.

Der israelische Historiker Gideon Greif, der an renommierten Instituten in Israel und den USA zur Vermittlung der Shoah an nachfolgenden israelischen und deutschen Generationen forscht, hält einen Besuch von Gedenkstätten grundsätzlich für wichtig, jedoch ebenfalls unter dem Vorbehalt, dass dieser in ein konstruktives pädagogisches Konzept eingebunden sei. Inzwischen gäbe es aber auch neue Ansätze der Vergangenheitsvermittlung. Das Pionierprojekt »Passagiere der Erinnerung« versuche die Lücke zu schließen, welche die sterbende Generation der Holocaustüberlebenden hinterlasse. Nachkommen von Überlebenden würde die Möglichkeit geboten, einen einjährigen Kurs zu belegen, in dem sie sich historische, psychologische und pädagogische Ansätze erarbeiten könnten, die sie befähigten, vor Zuhörern die Geschichte ihrer Verwandten so zu erzählen, dass sie das Publikum erreiche. Inzwischen gäbe es eine zweijährige Warteliste für die Kurse und weitere Bildungsinstitutionen hätten das Konzept übernommen.

Habbo Knoch, Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte der Universi-

tät zu Köln und ehemaliger Geschäftsführer der »Stiftung niedersächsische Gedenkstätten« (Celle) und Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, hielt fest, dass die Bundesrepublik sich lange Zeit mit der Erinnerungskultur schwer tat. Nationalsozialistische Tatorte seien dem Verfall überlassen geblieben. Ein Richtungswechsel erfolgte erst in den 80er Jahren, verbunden mit dem Bedürfnis nach authentischer Geschichtsvermittlung. Die Gedenkstätten als Lernorte sollten dabei auf jede Effekthascherei oder zusätzliche Emotionalisierung der Darstellungen verzichten und lediglich faktenbasiert und nüchtern erzählen. Dass Staat und Gesellschaft von den Gedenkortern die Vermittlung ethischer Werte erwarteten, bedeute eine Überfrachtung des Auftrags der Institutionen. Er regte an, eine Studie in Auftrag zu geben, die untersucht, was der Besuch von Gedenkstätten bei den Besuchern bewirkt.

Die Trauma-Therapeutin Eva Barnewitz erläuterte die komplexen biologischen und psychischen Folgen von Folter und die fatalen Konsequenzen für das Opfer und im weiteren Sinne auch für eine Gesellschaft, wenn Traumatisierten medizinisch nicht geholfen würde. Gerade in Deutschland habe nach dem 2. Weltkrieg keine Betreuung der Menschen, die massive Gewalt erlebt und erfahren hätten, stattgefunden.

Das Symposium ließ deutlich werden, welchen Herausforderungen bildungspolitische Institutionen gegenüberstehen, die zurückliegende Erfahrung totalitärer Herrschaft vermitteln sollen. Um die Vergangenheit für demokratische Bildung zu nutzen, müssen neue Konzepte entwickelt werden.



Dr. Dorothee Weitbrecht ist Gründerin und Geschäftsführerin der Elisabeth-Käsemann-Stiftung

### Sensibilisierung für die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten

Im Rahmen der Kooperation zwischen der Elisabeth-Käsemann-Stiftung und der Evangelischen Akademie Bad Boll wurde mit der Tagung vom 12.–13. Oktober 2018 ein Thema von wichtiger bildungspolitischer Relevanz aufgegriffen: Wie können wir Ereignisse und Strukturen zurückliegender staatlicher Gewalt nachfolgenden Generationen vermitteln, damit ein konstruktiver Erkenntnisprozess ausgelöst wird, der demokratisches Denken und Handeln fördert? Angesichts des Erstarkens intoleranter, rassistischer und unsolidarischer Tendenzen in demokratischen Ländern weltweit, bedarf es neuer Ansätze, Gesellschaften für die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten zu sensibilisieren. Ein Austausch zwischen Vertretern verschiedener Länder kann inhaltliche Impulse für die nationale Bildungsarbeit geben und zugleich dem Aufbau eines internationalen bildungspolitischen Netzwerkes im Bereich der Demokratieförderung dienen. Auf dem Foto: Hans-Christian Jasch

